

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Zeitspalte oder deren Raum 30 M.  
für Versammlungsanzeigen 10 M. pro Zeile.

## Gewerkschaftliche Ausblicke.

Nach Beendigung des Krieges sollen wir einen wirtschaftlichen Aufschwung sondergleichen zu erwarten haben. Es dürfte geraten sein, solcher Kunde nicht die für den Arbeiter erforderliche Vorsicht und Vorbereitung zur Wahrnehmung seiner eigenen Interessen zu opfern. Die schönen Farben, mit denen man vielfach die wirtschaftliche Zukunft malt, könnten sich doch wohl allzusehr als nur Augenweide erweisen, die verfliehet wie ein Regenbogen. Auf solche Luftgebilde kann man nicht bauen. Wer keine unangenehmen Erfahrungen machen will, die durch kein nachträgliches Bedauern unwirksam gemacht werden können, der muß mit den harten Tatsachen der Wirklichkeit rechnen. Vor allem mit den Gesetzen und Triebkräften in der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Betrachten wir die Verhältnisse wie sie sind, nicht so, wie sie sich nach unsern Wünschen und nach den Phantasien von weltentrückten Schwärmern gestalten sollen.

Für unsere Berufskollegen kommt natürlich hauptsächlich die zukünftige Lage im Baugewerbe in Betracht. Deren Gestaltung ist jedoch in starkem Maße abhängig von den Verhältnissen am Arbeitsmarkt überhaupt. Stockt die Gütererzeugung in wichtigen Gewerben, ist die Zahl der Erwerbslosen sehr groß, dann wird auch wenig gebaut. Nun darf man jedoch voraussetzen, daß alle Gewerbe, die für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine arbeiten, nach dem Kriege gut beschäftigt sein werden. Das gilt für die gesamte militärische Ausrüstung. Die Massenindustrie, die Bekleidungsindustrie, die Wagenbauereien, die Schiffswerften, die Lederverarbeitung usw. haben sicher große Aufträge zu erwarten. Ferner werden die Eisenwerke sowie Lokomotiv- und Waggonfabriken viel Arbeit bekommen; denn das gesamte Eisenbahnmateriale ist im Laufe des Krieges sehr abgenutzt worden. Von allen hier in Betracht kommenden Gewerben ist daher sicher eine starke Beanspruchung des Arbeitsmarktes zu erwarten.

Als weiter günstig, besonders für das Baugewerbe, ist der Umstand zu erwähnen, daß in Ostpreußen viele Gebäude neu errichtet werden müssen. Nach amtlichen Angaben sind auf dem deutschen östlichen Kriegsschauplatz 34 000 Gebäude zerstört worden. Mit dem Wiederaufbau ist zwar schon begonnen worden; aber die Hauptarbeit wird doch wohl erst nach dem Kriege erfolgen. Insofern eröffnen sich freilich für die allgemeine Lage am Arbeitsmarkt und im besonderen für das Baugewerbe einige nicht ungünstige Ausblicke.

Betrachten wir nun aber die andere Seite. Zunächst ist damit zu rechnen, daß die große Anzahl der in das Erwerbsleben hineingezogenen weiblichen Arbeitskräfte nach dem Kriege den Arbeitsmarkt sichtbar belasten wird. Weil sie schlechter entlohnt werden als die Arbeitskraft der Männer, hat der Unternehmer die Neigung, die billige Arbeitskraft nach Möglichkeit weiter zu beschäftigen. Viele heimkehrende Krieger finden ihre Stellen besetzt. Und man kann es den Frauen nicht verdenken, wenn sie die Plätze nicht räumen wollen, wenn sie auf eine Erwerbsquelle angewiesen sind. Ein starkes Angebot von Händen und der Kampf um die Arbeitsplätze werden von nachteiligem Einfluß auf die Lohnhöhe sein, die das Unternehmertum selbstverständlich zu seinem Vorteil auszunutzen versucht. Es kommt hinzu, daß der Krieg den Arbeitsmarkt verkleinert hat. Um das verlorene Marktfeld zurückzuerobieren, oder um neue Absatzgelegenheit zu finden, wird ein heftiger Wettkampf entbrennen. Vielfach werden sich Preisopfer als notwendig erweisen, um auf dem Weltmarkt die alte Stellung zurückzuerobieren. Auch dieser Umstand wirkt als lohndrückende Kraft; denn der Unternehmer wird bestrebt sein, durch Verminderung der Lohnkosten im Wettkampf erfolgreich zu sein. Und die Arbeiter sind die Leidtragenden, wenn sie es nicht verstanden haben, ihre Organisation so zu kräftigen, daß sie den Nei-

gungen der Unternehmer genügenden Widerstand entgegenzusetzen können.

Schauen wir nun zu, wie sich voraussichtlich die Verhältnisse im Baugewerbe gestalten. Wird der Bedarf an Wohnungen zu Neubauten anregen? Leider ist die Hoffnung darauf gering. Die Verteuerung der Lebenshaltung, die auch nach dem Kriege anhalten wird, hat im großen Umfange eine Einschränkung im Anspruch an das Wohnen gebracht. Sehr viele Leute begnügen sich heute mit kleineren Wohnungen als früher, Mieter, die vor dem Kriege sieben und acht Zimmer bewohnten, bezogen während der Kriegszeit Drei- und Vierzimmerwohnungen. Mancher, der früher eine Vierzimmerwohnung bezahlte, mietete eine Wohnung von drei Räumen, wer drei Zimmer besaß, nahm eine Zweizimmerwohnung. So ergibt sich insgesamt eine erhebliche Verminderung in dem Anspruch an das Wohnen, die auch nach dem Kriege noch lange nachwirken wird. Der Umstand, daß einige Tausende von Kriegslieferanten, die Riesengewinne einheimsten, sich vielleicht den Luxus größerer Wohnungen oder eigener Paläste gestatten, bringt für den erwähnten Ausfall keinen Ausgleich. Ein großer Teil der zurückkehrenden Krieger findet wieder Aufnahme in der Familie; er schafft kein neues Wohnbedürfnis. Dagegen bleibt die nicht geringe Menge der Wohnungen für andere Bedürfnisse frei, deren früheren Besitzer aus dem Kriege nicht mehr zurückkehren, die auf dem riesenhaft ausgedehnten Kriegsschauplatz irgendwo ein Grab gefunden haben.

Schließlich sind auch noch die sachlichen Voraussetzungen für die zukünftige Lage am Baugewerbe zu würdigen. Von ausschlaggebender Bedeutung ist da die Verfassung am Geldmarkt. Liegt er etwa günstig für das Baugewerbe? Diese Frage kann man kaum bejahen. Der Krieg hat eine gewaltige Verteuerung des Leihgeldes gebracht, auf das die kapitalistische Bauunternehmung vorwiegend sich stützt. Der Zinsfuß für Leihgeld ist im allgemeinen um zwei und mehr Prozent gestiegen. Hypothekengelder sind noch teurer geworden als das Leihgeld für Handels- und andere gewerbliche Unternehmungen. Man rechnet mit sogenannten Baukrachs; fürchtet, mit der Hergabe von Hypothekengeldern Verluste zu erleiden; daher die Abneigung, für Bauunternehmungen Kapital herzugeben. Man steckt das Geld lieber in anscheinend sichere Unternehmen, die zudem augenscheinlich größeren Gewinn versprechen. Die Verhältnisse am Geldmarkt sind daher geeignet, einen Aufschwung im Baugewerbe erheblich zu hemmen.

So ergibt sich eine Summe von Umständen, die es den Berufskollegen zur Pflicht machen, sich selbst gegenüber und auch in Rücksicht auf die Kameraden im Felde, die nun nicht mitarbeiten können, alle Kräfte einzusetzen, um in den kommenden Stürmen gegen ihr Wohl siegreich zu bestehen. Man darf nicht gleichgültig die Ereignisse an sich herankommen lassen. Hier ist dringend notwendige Vorarbeit zu verrichten. Wer tatenlos zusieht, wird von der Wucht der wirtschaftlichen Kräfte und Gesetze über den Haufen gerannt. Der einzelne ist machtlos; nur durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß können die Arbeiter die Macht aufbieten, durch die sie ihr Wohl vor dem Ansturm feindlicher Gewalten schützen können. Unsere Verbandsmitglieder wissen das aus früherer Erfahrung. Sie sind im Lebenskampf bereits geschult.

Es hieße die Einsicht und den Verstand der Kollegen zu niedrig einschätzen, hielten wir es noch für erforderlich, ihnen eingehend auseinanderzusetzen, daß solche Macht nur von einer geschlossenen Organisation ausgehen kann. Von einer Organisation, die gestützt auf die Zahl und die Einigkeit ihrer Mitglieder, das nötige Gewicht in die Waagschale legen kann, um die vereinigten Unternehmer zu veranlassen, mit ihr zusammen die Arbeitsbedingungen zu regeln.

Aber es gibt noch viele Arbeiter, die das nicht erkannt haben, die unser Blatt noch nicht lesen, für die wir jedoch schreiben. Aufgabe unserer Mitglieder ist es,

dafür zu sorgen, daß sie es lesen, daß sie erfahren, was auf dem Spiele steht, und welche Pflichten jeder Arbeiter zu erfüllen hat, um mitzuarbeiten an dem Wohlergehen aller Berufsangehörigen.

## Postkarten als Agitationsmittel.

e. Der Gedanke ist nicht neu. Namentlich zu Wahlzeiten werden ungezählte Tausende von Postkarten auf die Wähler losgelassen, um sie durch Wort oder Bild oder durch beides zu beeinflussen. Ob der Erfolg dieser Agitationsart immer den Aufwendungen dafür entspricht, läßt sich nicht feststellen. Wichtig ist, daß es auch auf diesem Gebiete höchst wirkungsvolle Schlager gibt. Ein gelungener Witz, unterstützt durch ein leichtverständliches Bild, zündet schneller und in weiteren Kreisen als die beste Rede. Jeder, der in der politischen Agitation bewandert ist, hat das schon erfahren können. Herr Heinr. Pfannstiel in Weimar hat eine ganze Sammlung von Postkarten auf den Markt geworfen, die das allgemeine Interesse verdienen und unsern Freunden zur gelegentlichen Benutzung empfohlen werden können.

Da bietet eine Karte zwei Übersichten über die deutschen Reichstagswahlen von 1871—1912. Die eine Übersicht zeigt die Entwicklung der Stimmenmengen, die bei jeder Wahl auf die einzelnen Parteien entfallen sind; die andere die Zahl der Abgeordneten, die jede Partei bei den 18 Wahlen durchgebracht hat. Die graphische Darstellung ist in verschiedenfarbigen Linien gegeben, so daß das Auge schnell und sicher das Hauptergebnis der Entwicklung erfährt. 1871 waren insgesamt noch nicht vier Millionen Stimmen abgegeben worden, 1912 dagegen 12½ Millionen. Die Konservativen entwickelten sich von rund 550 000 auf 1 126 000 Stimmen, die Reichspartei von 347 000 auf 367 000, die Nationalliberalen von 1 471 000 auf 1 662 000, das Zentrum von 1 145 000 auf 2 Millionen, die Liberalen, Freisinnigen und Volksparteien von 361 000 auf 1½ Millionen, die Sozialdemokraten aber von 124 000 auf 4 250 000 Stimmen. Auf gleich leichte Weise läßt sich von den Linien der jedesmalige Mandatsbetrag der Parteien ablesen. Bei den Nationalliberalen ist die Zahl der Mandate von 160 (1874) auf 45 gesunken; beim Zentrum pendelte sie mit ganz geringen Schwankungen immer um die 90 herum; bei der Reichspartei hat sie sich von über 50 (1878) unaufhaltsam bis auf 14 vermindert; bei den Liberalen und Freisinnigen ist sie, abgesehen von zwei Ausblichungen 1881 und 1890, ziemlich gleichgeblieben (1871: 47 Mandate, 1912: 42 Mandate); die Mandatslinie der Sozialdemokraten verläuft dagegen, abgesehen von einer kleinen Einknickung 1887 und einer ziemlich starken 1907, in beständig ansteigender Richtung. Den zwei Mandaten von 1871 stehen 110 Mandate von 1912 gegenüber.

Eine andere Karte zeigt die Verteilung der Sitze im Reichstagssaale auf die verschiedenen Parteien, eine dritte, gleichfalls farbig gehalten, so daß jede Partei ihre besondere Farbe hat, führt das in 397 kleine Quadrate geteilte Deutsche Reich vor Augen, und jedes Quadrat hat die Farbe der Partei erhalten, die das Mandat errungen hat.

Mehrere Karten machen uns mit Sentenzen und Zitaten bekannt. Es wird unter anderem der Ausspruch von J. G. Fichte mitgeteilt: „Dasjenige Volk, welches bis in die untersten Schichten hinein die tiefste und vielseitigste Bildung besitzt, wird zugleich das mächtigste und glücklichste sein unter den Völkern seiner Zeit, unbesiegt für seine Nachbarn, beneidet von seinen Zeitgenossen und ein Vorbild der Nachahmung für sie.“ Oder: „Wie können Kriege vermieden werden? Sehr einfach: Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretungen.“

Eine dritte Karte macht uns mit dem Gedichtchen bekannt:

Dem großen Lehrsatze des Pythagoras  
galt einst der Griechenochsen bitt'rer Haß;  
denn freudig opferte der große Finder,  
so wird erzählt, den Göttern hundert Kinder.  
Drum wird das Kindvieh heut' noch aufgeschreckt,  
wird eine Wahrheit irgendwo entdeckt.  
Und jeder Weise, der sie laut verkündet,  
steht alle Ochsen gegen sich verbündet.



Ober: „Handle streng nach dem Grundsatz: Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu. Und kein Mensch und kein Gott und keine Einrichtung der Welt hat das Recht über deine Freiheit, über dein Leben und über deine Gesundheit zu verfügen und dein freies Denken und dein freies Handeln irgendwie zu beschränken. Das ist das Ideal der Freiheit, Brüderlichkeit, Menschlichkeit. Vernunftbegabte Menschen aller Völker: vereinigt euch!“

Auch Ernst v. Wildenbruch ist mit dem Zitate vertreten:

Nicht zum Erraffen und zum Erjagen,  
nicht um blutende Wunden zu schlagen —  
um zu erbauen die bessere Welt,  
dazu als Brüder zu Brüdern gestellt,  
dient die Arbeit.

Von Bruno Celso werden die Aussprüche wiedergegeben:

Dem Griechen war die Welt ein Götteraal;  
das Höchste dünkte ihm des Menschen Würde.  
Dem Christentum ist sie ein Jammerthal,  
wo jeder seufzend trägt der Sünde Bürde.

Religionen sind Träume der Nacht,  
die seit Aeonen die Seele umranken,  
bis uns der Tag mit den lichten Gedanken,  
bis die Vernunft uns als Sonne erwacht.

Die schlimmste Tyrannei, die je uns drückte,  
die Freiheit und Vernunft erstickte,  
ward durch die Herrschsucht schlauer Pfaffen  
in Gottes Namen frech erschaffen.

Erwacht, ihr Völker, steigt empor zum Lichte!  
Der freien Menschheit freie Bahn!  
Die schwarze Binde reißt vom Angesichte,  
zermalmt die Lüge und den Wahnsinn!

Verlacht, was ihr im Stumpfsinn lang bewundert,  
die morisch gemordete Form zerbrecht!  
Errichtet für das kommende Jahrhundert  
ein Heiligtum dem Menschenrecht!

In reinen Flammen schmiedet den Gedanken,  
zu hohem Werk des Hammers Stahl.  
Und auf den Tempeln, die in Schutt versanken,  
baut Throne neuem Ideal!

Drei Karten fassen die politischen Grundsätze der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Konservativen zusammen. Die der Konservativen werden folgendermaßen wiedergegeben: Staat und Kirche sind von Gott verordnete Einrichtungen und bilden die notwendigen Grundlagen jeder gesunden Entwicklung. Die Erhaltung der evangelischen Kirche als Staatseinrichtung muß ganz besonders empfohlen werden. — Die konfessionelle christliche Volksschule ist die Grundlage der Volkserziehung und die wichtigste Bürgerpflicht gegen die zunehmende Verwilderung der Massen. Der jüdische Einfluß auf unser Volksleben muß bekämpft werden. — Die Reichsverfassung ist zu schätzen und auszubauen; doch ist das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Provinz und Gemeinde nicht zu unterstützen. — Die Monarchie von Gottes Gnaden soll unangetastet bleiben und darf nicht durch ein parlamentarisches Regiment irgendwie beschränkt werden. — Das Rechtsbewußtsein, geschichtlich entwickelt, soll deutsch-national sein. — Volle Wehrkraft des deutschen Volkes ist die unerläßliche Bedingung für die Machtstellung der Nation und für die Erhaltung des Friedens. Zielbewusste Kolonialpolitik. Arbeiterschutzgesetzgebung als praktisches Christentum. — Erhaltung und Förderung eines kräftigen Bauernstandes durch Erbrechte. Erweiterung der Zollschutzgesetzgebung. Innungsverbände sind zu unterstützen. Alle Börsengeschäfte sind unter staatliche Kontrolle zu stellen. — Alle Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie und einer gewissenlosen Presse, die Staat, Kirche und Gesellschaft untergraben, sind scharf zu bekämpfen. — Mit Gott für König und Vaterland.

In ähnlicher Weise sind die Grundlehren von Zentrumspartei und der Sozialdemokratie zusammengefaßt worden. Der Druck der Karten auf dunkelgelbem Karton ist künstlerisch geschmackvoll, so daß auch äußerlich die Karten sich empfehlen und eine angenehme Gabe bilden. In geeigneten Fällen mag deshalb die Benutzung einer der Karten belehrend wirken und von agitatorischem Werte sein, sei es im abstoßenden oder im gewinnenden Sinne.

### Verkaufsbefchränkungen für Konsumvereine.

Als Ausfluß einer stark vom Wege der Unparteilichkeit abweichenden Mittelstandsretterei, die den Bedürftigsten Schwierigkeiten macht, um andern scheinbar Bedürftigen den Daseinskampf zu erleichtern, ist in das Genossenschaftsgesetz die Bestimmung hineingekommen, daß der Geschäftsverkehr der Konsumvereine sich auf den Kreis der Mitglieder zu beschränken habe. Ausgenommen sind hiervon nur die Erzeugnisse der Eigenproduktion, die an jedermann abgegeben werden dürfen. Die Urheber dieser gesetzgeberischen Tat glaubten, durch sie dem Wachstum der Konsumvereine vorzubeugen zu können. Die Entwicklung hat gezeigt, daß sie sich stark geirrt haben. Das einzige Ergebnis sind unschöne Lockspitzereien und Angebereien gewesen, denen hier und da einmal ein Konsumvereinsangehöriger zum Opfer gefallen sein mag. Denn den Konsumvereinen liegt an sich gar nichts an der Beteiligung von Nichtmitgliedern am Wareneinkauf; es kann ihnen auch gar nichts daran liegen, Leute an den Vorteilen genossenschaftlichen Zusammenarbeitens teilnehmen zu lassen, die sich davon drücken, am Risiko mitzutragen. Aber der bei flotten Betrieben lästige Zwang, nun jeden Besucher der Warenabgabestelle auf die Vereinszugehörigkeit zu prüfen, war geschaffen und führte gelegentlich auch einmal zu unbeeabsichtigten und nach Lage der Dinge ganz unvermeidlichen

Mißbilligkeiten. Im Laufe der Zeit hat man sich jedoch mit der Vorschrift abgefunden; sie wurde streng befolgt und wirkte schließlich eher vorteilhaft als nachteilig für die Vereine, denen sie manches feste Mitglied zuführte, das sonst vielleicht „Kaufstunde“ geblieben wäre. Heute schelten mancherorten die Händler bereits darüber, daß die Konsumvereine an jedermann zu verkaufen sich weigern, und fordern, daß sie dazu gezwungen werden möchten. Die Leute vergessen da also ganz und gar, daß sie Ungesetzliches verlangen, daß sie zunächst von der Gesetzgebung die Beseitigung der auf ihren Wunsch und ihnen zuliebe geschaffenen Beschränkung zu erbitten hätten. Der Krieg hat nun die Konsumvereine vielfach in eine eigenartige Lage gebracht. Bei der Warenknappheit wird, sobald Vorräte von den Gemeinden an die Händler überwiesen werden, dies mit Recht unter der Bedingung getan, daß die Ware an jedermann abzugeben und eine Bevorzugung sogenannter „fester Kunden“ zu vermeiden sei. Das geschieht natürlich auch Konsumvereinen gegenüber, obwohl es in diesem Fall eine Aufforderung zur Gesetzesübertretung in sich schließt. Nun ist ja anzunehmen, daß Kläger und Richter gegenwärtig in Ansehung des Sachverhalts und des Zweckes nicht in Tätigkeit treten werden, wenn wirklich einmal ein Konsumverein von den ihm überwiesenen Waren mangelgemäß auch einiges an Nichtmitgliedern abläßt; aber eine peinliche Sache ist und bleibt es doch, wenn bewußt gegen geltende Vorschriften gehandelt werden muß. Vielleicht führen die Kriegserfahrungen zur Beseitigung der völlig zwecklosen Beschränkung. Den Konsumvereinen kann es zwar gleichgültig sein, wenn der Schönheitsfehler am Gesetze haften bleibt, aber der Gesetzgebung muß doch daran liegen, offensichtliche Zweckwidrigkeiten baldigst zu entfernen. So wird denn wohl mit manchem andern Erzeugnis einer irgehegenden Sozialpolitik, deren Fehlgriffe das große Weltereignis so erbarmungslos bloßstellte, auch diese Mißgeburt der Mittelstandsretterei über kurz oder lang das Heilige segnen. Die Konsumvereine würden ihr Scheiden ohne Freude und ohne Leid hinnehmen als selbstverständliche Folge besserer Einsicht der Berufenen.

## Verbandsnachrichten.

### Raffengeschäftliches.

Folgende Zahlstellen haben für das zweite Quartal noch keine Abrechnung eingesandt (die mit einem Stern [\*] versehen sind): Bromberg, Buchow, Bütow, Colmar i. G., Culm, Culmssee, Cuzhagen, Dahme, Darmstadt, Dedebach, Demmin, Dessau, Droyßig, Eisleben, Fallersleben, Frankfurt a. d. O., Juba, Greifswald, Grünberg i. P., Hagen i. P., Konstantz, Kremmen, Löbnitz, Mittenwalde, Neumegersleben, Oderberg, Riesenburg, Abhra, \*Altha, \*Saarbrücken, Spandau, Swinemünde, Schönebeck, Schwenningen, Staffort, Stollberg, \*Strasburg i. d. U., Strasburg i. G., Tübingen, Uckermünde, Wankendorf, Wusterhausen, Zossen. Adolf Römer, Kassierer.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Bremen und Umgegend.** Am 16. Juli tagte im Gewerkschaftshaus eine Zahlstellenkonferenz mit folgender Tagesordnung: 1. Rückblick und Ausblick in der Tariffrage. 2. Bericht über das Resultat der Beitragserhöhung zum Lokalfonds und des Winterbeitrages. 3. Verschiedenes. Eingangs bemerkte der Vorsitzende, Kamerad Seiffen, daß der Vortrag vom Zahlstellenvorstand deshalb auf die Tagesordnung gesetzt sei, weil er es für notwendig halte, daß dieser Gegenstand die Verbandsmitglieder in Zukunft mehr beschäftige. Der Referent, Kamerad Wolgast aus Hamburg, zeigte einleitend an einigen Zahlen die Verbreitung des Tarifvertrages in Deutschland. Von allen nach der letzten Veruzszählung von 1907 für die Koalitionsfreiheit in Frage kommenden Arbeitern waren nach der Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Ende 1913 31,35 pzt. gewerkschaftlich organisiert, und zwar 24,15 pzt. in den freien und 7,20 pzt. in den übrigen Gewerkschaften. Tariflich gebunden waren zu dem gleichen Zeitpunkt 17,49 pzt. Am weitesten verbreitet sei der Tarifvertrag im poligraphischen Gewerbe, ihm folgen die Holzindustrie, das Baugewerbe, die Papierindustrie, die Lederindustrie, das Verkehrsgewerbe usw. Mehr als die Hälfte der im Jahre 1913 bestehenden Tarifverträge umfaßten Kleinbetriebe, in denen bis zu zehn Personen beschäftigt waren. Nur reichlich ein Zehntel aller Tarifverträge umfaßte Betriebe mit über 50 Personen. Für viele, viele Arbeiter liege der Tarifvertrag noch in weitem Felde, sie würden noch einen langen Weg zurückzulegen und starke Widerstände zu überwinden haben, bis sie ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich regeln könnten. Dagegen hätten die Arbeiter einzelner Gewerbe bereits erkennen müssen, daß der Tarifvertrag auch Schattenseiten aufweise. Die Unternehmer dieser Gewerbe hätten das Wesen des Tarifvertrages zu ihren Gunsten zu wandeln versucht; nicht ohne Erfolg. Diese Wahrnehmung sei auch im Baugewerbe zu beobachten gewesen. Redner behandelte eingehend die Entstehung der Tarifverträge. Ihre Gestaltung sei stets abhängig gewesen von der Macht und dem Einfluß der daran beteiligten Parteien. Bei stärkerem Einfluß der Arbeiter sei der Tarifvertrag mehr den Bedürfnissen der Arbeiter angepaßt, im umgekehrten Falle mehr den Bedürfnissen und dem Willen der Unternehmer. Der von den Arbeitern zu bewiegende Widerstand sei besonders deswegen sehr stark gewesen, weil die Unternehmer in ihrem Kampfe gegen alle gewerkschaftlichen Bestrebungen die Unterstützung auch der bezöhrlichen Gewalten gefunden hätten. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes und Ueberwindung der schweren Wirtschaftskrisis anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts sei es mit den Gewerkschaften besser vorangegangen, und auch die Tarifierung der Löhne und Arbeitszeiten hätte erfreuliche Fortschritte gemacht. Ausgangs der neunziger Jahre sei dann der Tarifvertrag nochmals Gegenstand sehr ersten Meinungsstreites gewesen, doch habe der Gewerkschaftskongreß im Jahre 1899 in tariflichen Vereinbarungen den „Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festsetzung

der Arbeitsbedingungen“ gesehen und sie in solchen Bezügen eritzbenswert erachtet, „in welchen sowohl eine starke Organisation der Unternehmer wie auch der Arbeiter vorhanden“ sei. Damit sei der weiteren Tarifierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Boden gebetet und diese selbst noch energischer als bisher betrieben worden. Redner wandte sich sodann dem Tarifvertrag im Baugewerbe beziehungsweise im Zimmergewerbe zu, dessen Entstehung und Entwicklung er gleichfalls ausführlich behandelte. Er zeigte, wie die Lohnsätze im Zimmergewerbe nur eine Weiterbildung der vor Erlass der Gewerbeordnung im Jahre 1869 bestandenen Lohnordnungen seien, die wie diese zunächst für einen räumlich begrenzten Kreis, in der Regel für den Ort, Geltung gehabt hätten. Obwohl vielfach um Lohnsätze habe gekämpft werden müssen, seien diese Kämpfe doch immer lokalisiert geblieben; sie hätten wohl die Produktion, den Häuserbau, des bestreikten Ortes gestört, nie aber eine hemmende Wirkung auf die gesamte Volkswirtschaft geübt. Diese Wirkung sei erst viel später erzeugt worden durch die von den Arbeitgeberorganisationen verfolgte Vertragspolitik, die zur Anwendung gekommen sei, als der im Jahre 1899 zur Niederhaltung der baugewerblichen Gewerkschaften ins Leben gerufene Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bald darauf einsehen mußte, daß es ihm trotz der allerhöchsten Bekämpfung der gewerkschaftlichen Bestrebungen nicht gelingen werde, die Gewerkschaften vom Erdboden verschwinden zu lassen. Die Vertragspolitik der Arbeitgeber nahm zuerst greifbarere Gestalt an bei der großen Aussperrung im Gebiet des mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes im Jahre 1904 und wurde fortgesetzt mit der im Jahre 1905 erfolgten Aussperrung in Rheinland-Westfalen. Ihr erster durchschlagender Erfolg sei das im Krisenjahr 1908 zustande gekommene zentrale Tarifvertragsmuster für örtliche Tarifverträge gewesen. Die unablässig vom Arbeitgeberbund betriebenen Vorbereitungen einer allgemeinen Aussperrung mit dem Ziel eines Reichstarifvertrages für das Baugewerbe führten zu dem großen Kampf im Jahre 1910, der indes noch nicht den Reichstarifvertrag brachte, sondern einen Hauptvertrag und ein Vertragsmuster für Ortsverträge. Inzwischen war der Arbeitgeberbund emsig bemüht, seine Macht zu erweitern. Im Jahre 1912 wurde der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände gegründet, der die Politik des Arbeitgeberbundes in erweitertem Sinne fortführte. Der Reichsbund habe bei der diesjährigen Tarifbewegung auf den Plan treten sollen, und er hätte das sicher getan, wenn nicht durch den Weltkrieg die Regierung genötigt gewesen wäre, einzugreifen, wodurch die Absicht einer starken Strömung in Arbeitgeberkreisen, die zurzeit geschwächte Position der Gewerkschaften zur Durchführung der seit langem bekannten Kampfforderungen zu benutzen, vereitelt wurde. Durch die im Mai dieses Jahres getroffenen Vereinbarungen seien wir bis längstens den 31. März 1918 tariflich gebunden. An dem Inhalt des Tarifvertrages sei, bis auf die Lohnsätze, nichts geändert worden; auch sein Geltungsbereich sei unüberändert geblieben. Der Reichstarifvertrag umfasse räumlich das ganze Deutsche Reich; er müsse überall, wo Angehörige des Arbeitgeberbundes arbeiten ausführen, oder wo Mitglieder der baugewerblichen Gewerkschaften arbeiten, in vollem Umfange durchgeführt werden. Auf die weitere Entwicklung unserer Tarifbewegung dürfe man gespannt sein. Natürlich werde sie abhängen von der Macht und dem Einfluß der dabei mitwirkenden Faktoren. In Arbeiterkreisen wachse die Einsicht, daß bei einem Fortschreiten in der bisherigen Richtung mancherlei Gefahren drohen. Während auf der einen Seite für viele Arbeiter der Tarifvertrag noch das Ziel jedes gewerkschaftlichen Strebens sei, zeige sich auf der andern Seite bei einem Teile der fortgeschritteneren Arbeiterschaft eine starke Abneigung nicht gegen den Tarifvertrag, wohl aber dagegen, wie zum Beispiel im Baugewerbe, was die Unternehmer aus ihm machen wollen. Es müsse deshalb ernstlich versucht werden, die künftige Gestaltung des Tarifvertrages insofern stärker zu beeinflussen, indem man ihn in weit höherem Maße den Arbeiterbedürfnissen anpasse, als das bisher gelungen sei. Von den Arbeitgebern sei eine Aenderung ihrer Vertragspolitik nicht zu erwarten. Der Deutsche Arbeitgeberbund habe die Zentralisierung des Tarifvertrages angestrebt, um dadurch jeden Fortschritt in einem einzelnen Orte, der unter Ausnutzung der Konjunktur oder des günstigen Standes der Organisation erzielt werden könnte, zu unterbinden. Der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände erstrebe die Ausdehnung des zentralen Tarifvertrages auf alle Zweige der Bauhaupt- und Nebengewerbe, um dadurch jeden Fortschritt auch in einem einzelnen Gewerbe unmöglich zu machen. Sein Ziel sei unüberwindlich der bis zur letzten Konsequenz entwickelte zentrale Tarifvertrag, der die Gewerkschaften als solche völlig gebunden hält. Dieses Ziel werde er in Zukunft mit steigender Energie verfolgen. Das sollten wir uns stets vor Augen halten und daher auch unsererseits stärkeren Einfluß auf den Tarifvertrag zu gewinnen suchen. Obwohl es in dieser Hinsicht unser Zentralverband und sein Fachorgan an Aufklärung nicht haben fehlen lassen, obwohl sich mehrere Verbandstage und eine Unmenge von Zahlstellenversammlungen mit dem Tarifvertrag und der Tarifpolitik befaßt hätten, obwohl Richtlinien festgelegt seien, die für uns maßgebend sein sollten, bringe leider die Masse unserer Kameraden allen diesen Dingen ein recht geringes Interesse entgegen. Hier müsse der Hebel angelegt werden. Stärkeren Einfluß auf die Gestaltung des Tarifvertrages könnten wir uns nur dadurch verschaffen, indem wir die Gesamtheit unserer Mitglieder zur Mitwirkung daran bewegen. In gleicher Richtung würden sich auch die übrigen an dem Tarifvertrag für das Baugewerbe beteiligten Gewerkschaften betätigen müssen. Nicht gegen den Tarifvertrag an sich wenden wir uns, sondern nur gegen den Mißbrauch, den die Arbeitgeber mit ihm zu treiben beabsichtigen.“ Bei einer Besprechung der zukünftigen Gestaltung des Tarifvertrages müsse jedoch noch ein dritter Faktor in Rücksicht gezogen werden: die Regierung. Für diesmal habe sie sich der Sache angenommen, des Krieges wegen. Aber auch in der nächsten Zukunft werde sie bestrebt sein müssen, das durch den Krieg sehr stark erschütterte Wirtschaftsleben vor großen Wirtschaftskämpfen zu bewahren. Das werde aber nur möglich sein, wenn den Arbeiter-



bedürfnissen mehr Rechnung getragen werde, wozu indes nach den bislang gemachten Erfahrungen die Arbeitgeber schwerlich geneigt sein würden, es sei denn, daß sie sich dazu gezwungen sehen, indem sich eventuell die Regierung ihren Klagen entgegenstelle. Doch sollten wir darauf keinerlei Hoffnungen setzen, sondern uns auf die eigene Kraft verlassen und energisch bestrebt sein, sie nach Möglichkeit zu steigern. Was wir durch eigene Kraft, durch die Kraft unserer Organisation durchzusetzen vermöchten, werde uns unter allen Umständen zugebilligt werden müssen. Das trafe auch für den Tarifvertrag zu. Fortgesetzte Aufklärung und rührige Verarbeitung seien die einzige Gewähr dafür, daß unser Zentralverband auch in bezug auf die künftige Gestaltung des Tarifvertrages die Interessen seiner Mitglieder noch energischer als bisher zu wahren, imstande sein werde. Je einheitlicher und geschlossener dieser Wille von allen Verbandsmitgliedern befundet werde, desto eher würden wir die Macht aufbringen, die notwendig sei, um unsere Tarifbewegung auch nach dem Kriege vorwärts und aufwärts zu führen. — In der Diskussion führte Kamerad Steffen aus: Im Jahre 1899 nahm die Tarifbewegung in Bremen festere Gestalt an. Von 1890 bis 1900, zehn Jahre hindurch, hatte der Lohn in Bremen auf 50 % gestanden, jedoch nicht überall. In Hastede, Schwachhausen, Moltmershausen waren selbständige Zahlstellen; sie hatten Löhne von 40 bis 45 %. Erst durch den Anschluß an Bremen kamen sie auf dieselbe Lohnstufe. Im Sommer des Jahres 1899 wurde es abgelehnt, in eine Lohnbewegung einzutreten. 1900 im März wurde jedoch eine Lohnforderung von neun Stunden und 60 % gestellt, welche durch Verhandlungen mit der Bauhütte mit einem gewissen Erfolge erledigt wurden, so daß der Lohn im selben Jahre auf 55 % stieg. 1905 wurden 62½ % gezahlt, 1910 67 %, so daß in zehn Jahren ein Lohnzuwachs von 17 % bei einem Anwachsen der Mitgliederzahl von 348 im Jahre 1900 auf 929 im Jahre 1910 erreicht wurde. 1915 war der Lohn auf 78 % gestiegen, während sich gleichzeitig die Mitgliederzahl auf 1104 (einschließlich 701 zum Militär eingezogener) erhöht hatte. 1916 stieg der Lohn durch die Kriegszulage von 11 % auf 89 %, während die Mitgliederzahl auf 1140 (einschließlich 819 zum Militär eingezogener) angewachsen war. Ab 1910 wurde das Lohngebiet Bremen bedeutend erweitert. Der Vertrag gilt für das Bremer Stadt- und Landgebiet sowie auch für Hemelingen und Arbergen i. S. Das Industriegebiet Vegesack-Burghamm kann bei einem Lohnsatz von 74 %, das ist gegenüber Bremen eine Differenz von 15 %, nicht befriedigen; doch war es nicht möglich, ein höheres Resultat zu erzielen. Die übrigen bremischen Bezirke tragen mehr ländlichen Charakter; doch wurde in Mahndorf und Brinkum wie auch in Vegesack die neunehalbündige Arbeitszeit erreicht. Das Haupttarifamt hat nicht das gebracht, was davon erwartet wurde. Was wir uns nicht selbst erkämpfen können, das haben wir nicht. Durch unsere Kraft gelang es uns 1910 sowohl wie 1913, je 1 % mehr als allgemein erzielt wurde, herauszuschlagen. Die Zahlstelle Bremen war eine der ersten, der es gelang, im Betonbau bahnbrechend vorzugehen. Entgegen allerlei Widerwärtigkeiten konnte für Einschaltungsarbeiten der Zimmererlohn festgelegt werden. Die Zahlstelle hat die Arbeiten der Agitation auch nicht gescheut und der Erfolg kam der Organisation zugute. Durch den Krieg ist unsere Zahlstelle stark mitgenommen. Die Mitgliederzahl hatte ihren höchsten Stand mit 1166 im zweiten Quartal 1914 erreicht; davon wurden 763 im Laufe der Kriegszeit zum Militär eingezogen, und zwar 435 Verheiratete und 328 Ledige. 33 traten aus, 58 wurden getötet und 8 sind gestorben, so daß ein Abgang von 99 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Eingetretene sind 185 Mitglieder. Am Schlusse des zweiten Quartals dieses Jahres waren 321 Mitglieder vorhanden, einschließlich der zum Militär eingezogenen ein Mitgliederbestand von 1183. Für die Agitation steht uns noch ein weites Feld zur Bearbeitung offen. Neue Erfolge und die Erhaltung des Bestehenden können nur durch die Haltung der Organisation erreicht werden. In allen Bezirken muß energisch an die Werbung neuer Mitglieder herangetreten werden; denn die Agitation ist die Grundregel für den weiteren Aufbau der Organisation. Jeder Funktionär ist durch die genaue Uebersicht in seinem Bezirk in der Lage, in der Agitation das Höchste zu leisten. Der Vorkand wird helfend mit Rat und Tat eingreifen. Die Aufgaben der Organisation sind nach dem Kriege groß, und jetzt ist es an der Zeit, die Vorarbeiten zu erledigen. Stillstand ist Rückgang. Jeder muß jetzt handeln, um unsere Zahlstelle zu stärken. In der weiteren Diskussion wurde anerkannt, daß nur eine starke Organisation in der Lage sei, die uns nach dem Kriege bevorstehenden schweren Kämpfe zu bestehen und daß daher unberzüglich in die Agitation einzutreten sei. Weiter wurde allgemein anerkannt, daß unsere Verhandlungskommission bei der diesjährigen Bewegung alles getan habe, was getan werden konnte. Wenn trotzdem der Erfolg nicht befriedigen kann, so tragen die außergewöhnlichen Verhältnisse die Schuld. Der Bericht über das Resultat der Beitragserhöhung zum Lokalfonds und des Winterbeitrages wurde von Steffen gegeben. Am 14. Mai beschloß eine Zahlstellenkonferenz, die Stärkung des Lokalfonds anzuregen, und zwar in allen Bezirken Versammlungen abzuhalten, wozu alle Mitglieder durch Handzettel einzuladen sind. Der Versammlungszweck sollte sein, festzustellen, ob es angängig ist, ab 1. Juli den Lokalfondsbeitrag um 10 %, den Winterbeitrag auf 50 % zu erhöhen. Diesem Beschluß der Konferenz ist der Vorstand in der Zeit vom 21. Mai bis 8. Juni nachgekommen. Es erklärten sich sieben Bezirke für die Erhöhung, zwei Bezirke dagegen. Circa zwei Drittel der Versammlungsteilnehmer stimmten für die Stärkung des Lokalfonds, die damit angenommen ist. Da es nun unmöglich war, den Beschluß bis zum 1. Juli noch durchzuführen, hat die Konferenz zu bestimmen, wie der Beschluß durchzuführen ist. Nach kurzer Debatte beschloß die Konferenz einstimmig, ab viertes Quartal 1916 die jetzigen Beitragsmarken mit Erhöhung des Lokalfondsbeitrages um 10 % in Kraft treten zu lassen. Der Winterbeitrag beträgt in Zukunft 50 %. Als Berichterstatter für Bremen in den Versammlungen wird Zimmermann, für Vegesack Laudon bestimmt. Hierauf erfolgte Schluß der Zahlstellenkonferenz.

**Glogau.** Die hiesige Zahlstelle hielt am 12. Juli ihre Monatsversammlung ab. Das Protokoll der letzten Ver-

sammlung wurde anerkannt. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab Kamerad Grandke die Abrechnung über das zweite Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M 210,70, deren Ueberweisung in gleicher Höhe gegenüberstand. Die Einnahme der Lokalkasse, einschließlich des Kassenbestandes vom ersten Quartal, betrug M 1118,59, die Ausgabe M 108,88, der Bestand M 1009,71. Einwendungen wurden nicht erhoben. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Im zweiten Punkt wurde vom Delegierten der Kartellbericht in ausführlicher Weise erstattet. Unter „Verschiedenes“ wurde das Verhalten der Arbeitgeber kritisiert, da die Steuerzulage von 3 % die erste Woche wieder nicht pünktlich gezahlt wurde. Auf das Ansuchen der Kameraden wurde vom Meister einem Kameraden mitgeteilt: „Was sie eigentlich wollten, die Zulage von 5 % hätten sie doch erhalten und von einer weiteren Zulage wüßten sie nichts. Wenn es von der Zentrale aus bekannt wäre, würde es auch gezahlt werden.“ So versucht der Arbeitgeberbund unsere Kameraden zu verärgern. Auf ein Schreiben an den Arbeitgeberbund wurde dann die Steuerzulage am 15. Juli mit der rückständigen Zulage gezahlt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten, betreffend Krankenunterstützung, erledigt waren, folgte Schluß der Versammlung.

**Regnitz.** Am 19. Juli fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die leider recht schwach besucht war. Zunächst gab Kamerad Jauch die Abrechnung vom zweiten Quartal bekannt. Danach betrug die Einnahme inklusive Bestand M 1754,84, die Ausgabe M 101,80, so daß ein Lokalfassenbestand von M 1653,04 verbleibt. Bezüglich der Abrechnung wurde erwähnt, daß nur 21 Marken à 25 % (Gitarren) verkauft wurden, obgleich wir noch 43 Mitglieder zählen. Alsdann gab Kamerad Wagner den Kartellbericht bekannt, der zu einer Diskussion keine Veranlassung gab. In „Verbandsangelegenheiten“ wurde bei den Kameraden nochmals Nachfrage gehalten, ob sie ab 1. Juli die Zulage von 3 % erhalten haben. Das Resultat war ein befriedigendes und ist der Gauleitung hiervon Mitteilung gemacht worden. Hierauf Schluß der Versammlung.

**A m e r t u n g:** Jetzt, da die Löhne wieder geregelt sind, glauben die Kameraden, die Versammlungen wohl nicht besuchen zu sollen; um so mehr aber müssen sie erscheinen, zumal uns durch das Verbot des Radfahrens die Kolportage entgangen ist. Marken sind in den Versammlungen ebenfalls erhältlich. Also keiner verliere seine Mitgliedschaft; das sind wir unsern im Felde stehenden Kameraden schuldig. Daher, auf in die Versammlung!

**St. Vith (Eifel).** Am Sonntag, 23. Juli, fand für die am Bahnbau in St. Vith und Umgegend beschäftigten Zimmerer eine Versammlung statt, um zu den dortigen Arbeitsverhältnissen Stellung zu nehmen und zu welcher Kamerad Janzen aus Düsseldorf als Referent erschienen war. Es sind an diesen Bahnarbeitern fünf Firmen beteiligt, die insgesamt 204 Zimmerer beschäftigen. Indem die Arbeiten nur vorübergehende sind, in normalen Zeiten kaum ein halbes Duzend Zimmerer in St. Vith beschäftigt werden, lohnt es sich nicht, für das dortige Gebiet eine selbständige Zahlstelle zu errichten. Nach eingehender Aussprache und mit Rücksicht auf den großen Wechsel der Arbeitskräfte wurde beschlossen, daß die bei der Firma Drendhahn & Sudhop beschäftigten Mitglieder sich bei dem bei dieser Firma in Arbeit stehenden Zahlstellenkassierer von Saarbrücken anzumelden und ihre Beiträge zu bezahlen haben. Alle bei den übrigen Firmen beschäftigten Mitglieder haben sich bei den Vertrauensmännern der Firma Redemann, Paul Hoffmann und Karl Kruse anzumelden und auch ihre Beiträge zu entrichten. Da an diesen Baustellen noch circa 75 unorganisierte Zimmerer beschäftigt werden, ist noch ein großes Agitationsfeld vorhanden. Es muß Aufgabe eines jeden einzelnen Mitgliedes sein, darauf hinzuwirken, daß auch der letzte Zimmerer Mitglied des Verbandes wird. Die Löhne sind bei den einzelnen Firmen recht verschieden. Die Firma Kallenbach aus Hamm bezahlt 85 %, die Firmen Casper-Düren und Drendhahn & Sudhop aus Braunschweig 90 % und die Firmen Baumens-Cöln und Redemann-Düsseldorf 95 % pro Stunde. Der Lebensunterhalt in St. Vith, da Grenzbezirk, ist außerordentlich teuer, und hinzu kommt, daß die sehr große Anzahl verheirateter Zimmerer doch auch für den Unterhalt ihrer Familien in den Heimatsorten zu sorgen haben. Mit Rücksicht hierauf soll versucht werden, bei allen Firmen einen einheitlichen Lohn, möglichst von M 1 pro Stunde, zu erreichen. Es bestehen auch sonst noch recht viele Mißstände; so in bezug auf Verpflegung und Unterkunftsräume. Alle Mitglieder müssen die Vertrauensleute von den einzelnen Plätzen unterstützen, damit alle diese Mißstände recht bald und gründlich beseitigt werden. Eine recht eigenbülmliche Einrichtung hat auf diesen Arbeitsstellen die Stadtverwaltung von St. Vith und die Militärverwaltung getroffen. Den auf den Baustellen beschäftigten Arbeitern wird bei jeder Lohnzahlung, die vierzehntägig ist, ein Betrag von 50 % als Steuern einbehalten. Einen solchen „Vorschuß auf die Seligkeit“ läßt das Gesetz nicht zu, sondern es kann doch nur vom Lohn ein Quartal, und dann auch nur für das letzte, an Steuern einbehalten werden. Eine vorschrittsmäßige Quittung über die bezahlten Steuern wird den aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidenden auch nicht ausgestellt, sondern nur auf der Rückseite des Entlassungsscheines mit Blei bescheinigt, daß die Steuern bis zu dem Termin der Entlassung bezahlt sind. Ein weiterer Uebelstand ist der, daß bei einigen Firmen diejenigen Kameraden, welche während der Lohnperiode ihr Arbeitsverhältnis lösen, ihren verdienten Lohn nicht ausgehändigt bekommen, sondern bis zur nächsten Lohnzahlung zu warten haben. Unsere Kameraden betrachten ein solches Lohnsystem als Schikaniererei, welches um so empfindlicher wirkt, indem nur ganz vereinzelte in St. Vith und Umgegend ansässig sind und daß die Lohnperiode vierzehntägig ist. Es gibt also auf den Arbeitsstellen in St. Vith und Umgegend recht viele Mißstände zu beseitigen, woran alle beteiligten Zimmerer ein hohes Interesse haben. Ein Erfolg wird aber auch hier nur zu verzeichnen sein, wenn alle Zimmerer sich darum bemühen und sich dem Verband anschließen. Damit letzteres geschieht, muß auf allen Arbeitsstellen eine planmäßige und rege Werbearbeit für den Verband einsetzen und die bestimmten Vertrauensleute müssen bei ihrer Organisations-

arbeit bei allen Mitgliedern die notwendige Unterstützung finden.

**Stuttgart.** Eine Mitgliederversammlung am 21. Juli beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: Mitteilungen; Abrechnung und Situationsbericht vom zweiten Quartal 1916; Vortrag vom Kameraden E. Oswald über die Entwicklung unseres Verbandes während der Kriegszeit und seine Leistungen. Hesseauer machte darauf aufmerksam, daß für unsere Mitglieder Eintrittskarten für den Besuch der Kriegsausstellung zu halben Preisen zur Verfügung stehen; sie sind auf dem Zahlstellenbureau erhältlich. Ferner wurde das Andenken der auf den Schlachtfeldern gefallenen Kameraden und Familienväter in üblicher Weise geehrt. Die Abrechnung vom zweiten Quartal lag vervielfältigt vor und wurde von Hesseauer bekanntgegeben. Die Zahl der Mitglieder beträgt 360, an Neuaufnahmen und Erneuerungen sind 107 zu verzeichnen; durch die fortwährende Einberufung von Mitgliedern ist die Mitgliederzahl immerwährenden Schwankungen unterworfen. Die Einnahmen für die Zentralkasse betragen M 5481, an Familienunterstützung wurden bei der letzten Auszahlung M 2349 ausgegeben, einige Quittungen stehen noch aus. In bar wurden der Zentralkasse M 2481 überwiesen. Das Vermögen der Lokalkasse hat in diesem Quartal um M 500 zugenommen und beträgt M 3203,83. Leuger gab noch einige Erläuterungen über die Abrechnung. Sie bezuge, daß mit den Geldern in allen Beziehungen recht hausväterisch verfahren worden sei. Die mit der Agitation betrauten Kameraden haben eine recht schwere Arbeit zu bewältigen, weil in den meisten Fällen auch die Erhebung der Beiträge damit verbunden ist; die im zweiten Quartal gemachten 107 Neuaufnahmen und Erneuerungen geben den Beweis, daß alles aufgeboten wird, durch Zuführung von neuen Kämpfern unsere Organisation zu stärken. Das Vertrauensmänner- und Platzdelegiertensystem habe während des Krieges in sehr vielen Fällen verfaßt; den beurlaubten und abkommandierten Kameraden muß sehr oft der Weg zur Organisation wieder gezeigt werden; auch kommt es vor, daß billiger gearbeitet wird, um bloß nicht wieder einberufen zu werden. Es ist in gewisser Beziehung eine Laubeit eingerissen, die mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Das pulsierende Organisationsleben, der kameradschaftliche Geist müssen gemeinschaftlich besser gepflegt werden. Mit der Bezahlung der Steuerzulage nehmen es verschiedene Unternehmer nicht so genau; auch in bezug auf Ueberlandzulagen und Fahrgehälter mußte des öftern eingegriffen werden. Vom Leiter der Firma Mübler (Filiale Stuttgart) wurde verlangt, daß unsere Kameraden ohne Zulage in Böblingen arbeiten sollten; an anderen Baustellen macht der Herr unsern Kameraden die Sonntagszulage streitig. Wiederholt haben sich die Schlichtungskommission und das Tarifamt mit diesem Geschäft befassen müssen. In Oberndorf hat Dyerhoff & Widmann die vereinbarte Steuerzulage anerkannt, aus dem Grunde, weil die Arbeiter sonst davongelaufen sein würden. Die dortigen Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Zimmerer sind schriftlich geregelt, der Stundenlohn beträgt inklusive Steuerzulage 78 bis 80 %. Bei Holzmann (Baustelle Murgalwerke Forbach) bekamen die Kameraden den verdienten Lohn ohne Zahltagstüte und Zahltagzzettel; von Bezahlung der Steuerzulage keine Spur. Die dortigen Kameraden versuchten nun, unter dem Deckmantel unseres Verbandes bessere Verhältnisse zu erzielen, jedoch umsonst, denn die Unternehmer sind auf diesem Gebiete sehr schlau; sie wissen schon, ob die Leute organisiert sind oder nicht, und ohne Organisation geht es eben nicht. Die Kameraden ließen sich organisieren; eine Aussprache mit der Bauleitung ergab, daß wohl die Lohnzettel eingeführt wurden, eine Erhöhung der Löhne wurde, wie die Bauleitung ausdrücklich bemerkte, auf Grund der Berufsunkennnis der auf der Baustelle arbeitenden Zimmerer abgelehnt. Die Kameraden haben die Baustelle verlassen. Die Firma Krapp hat sich auf einer Baustelle in Feuerbach das folgende geleistet: Bei der Entlohnung nach dem 1. Juli stand auf den Zahltagstüten 8 % Steuerzulage pro Stunde; jedoch war die Aussetzung des Stundenlohnes gegenüber früheren Zahltagstüten unterlassen; als die Kameraden den Lohn nachrechneten, hatten sie aber auch nicht einen Pfennig mehr verdient gegenüber früheren Entlohnungen. Allerdings mußte der Unternehmer, wenn er die Arbeitskräfte behalten wollte, nachbezahlen, was denn auch geschah. Ueber die Bautätigkeit kann berichtet werden, daß vom 1. Januar bis 1. Juli 1916 folgende Vangefunde genehmigt und zum Teil die genehmigten Bauten schon erstellt sind: Wohngebäude an den Straßenlinien 22 im Bauwert von M 1303 000. Ein Fabrik- oder zu Wohnzwecken nicht bestimmtes Gebäude an den Straßenlinien 10 im Gesamtbaupwert von M 59 700. Vier bewohnbare Hintergebäude im Bauwert von M 75 000. Fabriken und sonstige Hintergebäude 17 im Gesamtbaupwert von M 59 000. An sonstigen Bauten wurden 48 genehmigt im Bauwert von M 463 500. Größere Reparaturen, Erweiterungen und Erhöhungen 10 im Bauwert von M 61 300. Zusammen 107 Bauten im Gesamtbaupwert von M 2 021 200. Der Bauarbeiterlohn steht gegenwärtig für viele Unternehmer bloß auf dem Papier, hauptsächlich in Rottweil, Oberndorf, Forbach. Werden die Bauleitungen darauf aufmerksam gemacht, so gibt es bloß ein leichtes Achselzucken. Nur ein Fall von den vielen soll hier erwähnt werden. An dem sogenannten Wasserloch in Forbach, welches einen zylinderförmigen Behälter von 30 bis 35 m Höhe und circa 12 bis 15 m Durchmesser mit einem gewölbten Zementdach bildet, ist ungefähr 3 m unterhalb der Decke ein Innengerüst angebracht; dasselbe besteht aus Stangen und darüber gelegten Brettern, von da geht es circa 30 m in die Tiefe hinunter. Zwischen den Brettern sind Lücken von 60 bis 80 cm breit; auf diesen Brettern stehen zwei Böcke mit quer darüberliegenden Gerüstbalken auf welchem ein Italiener arbeitete. Auch an den Außenseiten des Behälters wurden auf Gerüsten Putzarbeiten ausgeführt. Die Arbeiter, zur Rede gestellt, warum sie auf einem so gefährlichen Gerüst arbeiten, antworteten, das ist für uns schon recht. Zur Abrechnung sowie zu dem Situationsbericht wurde das Wort nicht verlangt. Kamerad Klumpp erklärte im Namen der Revisoren, daß Gelder, Marken und Bücher sich bei der Revision in bester Ordnung befanden, wonach dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Dann behandelte Kamerad Oswald die Ursachen, welche zu dem Weltbrand geführt haben, in ausführlicher Weise und besprach die vom Zentralvorstand und Verbandsausschuß getroffenen Maßnahmen in bezug auf das Statut. Er gab Aufschluß über die Zahl der unter den Waffen



stehenden Mitglieder, schilderte ihre Entbehrungen und ermahnte die zu Hause gebliebenen Kameraden an ihre Pflichten. Redner besprach ferner den Wert der gegenwärtigen Tarifverträge während des Krieges. Auch die Bezahlung der Feuerungszulage wäre einzig und allein das Verdienst unserer Organisationen. Auch wenn der Krieg einmal vorüber ist, werden die Unternehmer ihren Standpunkt nicht wechseln; die wirtschaftlichen Kämpfe werden durch die teuren Lebensmittelpreise, welche nicht so schnell zurückgehen werden, eine scharfe Form annehmen, und da ist eine geschlossene Organisation notwendig. Unsere Organisation hat gezeigt, daß sie festen Grund und Boden hat; sie hat durch Zuwendungen, welche weit über eine Million Mark betragen, das Los der Frauen unserer ausmarschierten Mitglieder gelindert. Die Lärheit und Bosheit sind auf das schärfste zu beurteilen; der Platz eines jeden Zimmerers soll in unserm Zentralverbande sein. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen, eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Mit einem kernigen Appell des Kameraden Hesseauer, daß die Kameraden für den Verband wirken mögen, wurde die Versammlung geschlossen.

### Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

ssc. Wer hat Anspruch auf die jetzt erhöhten Renten in der Invalidenversicherung? Das neue Gesetz betreffend Renten in der Invalidenversicherung vom 12. Juni 1916 legt bekanntlich nicht nur den Bezug der Altersrente vom 65. Lebensjahre an fest, sondern erhöht auch einige Renten um kleine Beträge. An der Höhe der Altersrenten ist überhaupt nichts geändert worden. Die Invalidenrenten sind zwar auch an sich geblieben wie seither; doch ist der § 1291 der Reichsversicherungsordnung, der von den Kinderzuschüssen handelt, geändert worden. Hat der Empfänger der Invalidenrente Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes dieser Kinder um ein Zehntel. Bisher durften diese Zuschüsse nicht mehr als die halbe Invalidenrente betragen. Diese Beschränkung ist gefallen; auch wenn mehr als fünf Kinder vorhanden sind, wird für jedes die Zulage von 10 pSt. der Grundrente gezahlt. Da im neuen Gesetz nicht gesagt ist, von wann an diese Erweiterung in Kraft tritt, so muß man annehmen, daß sie rückwirkende Kraft auf alle gegenwärtig laufenden, auch früher festgesetzten Renten hat. Diesen Standpunkt hat bereits die Landesversicherung Sachsen-Anhalt eingenommen; sie macht nur die Erhöhung der früher festgesetzten Renten davon abhängig, daß ein dahingehender Antrag gestellt wird.

Nennenswerter ist die Erhöhung der Waisenrenten. Nach § 1285 der Reichsversicherungsordnung besteht jede derselben aus einem Reichszuschuß von M. 25. Dazu zahlte seither die Versicherungsanstalt einen Zuschuß bei einer Waise von drei Zwanzigstel, für jede weitere Waise von einem Zwanzigstel des Grundbetrages und der Steigerungssätze der Invalidenrente, die der Ernährer zur Zeit seines Ablebens bezogen hatte. Das neue Gesetz hat einheitlich für alle Waisen diesen Zuschuß auf drei Zwanzigstel festgesetzt.

Sehr viel spricht freilich bei dieser Erhöhung nicht heraus. Nach dem letzten Bericht des Reichsversicherungsamtes betrug eine Waisenrente im Durchschnitt M. 32,68 pro Jahr einschließlich des Reichszuschusses. Sie wird sich nunmehr auf etwa M. 38 erhöhen. Damit kann immer noch nicht entfernt ein Kind ernährt werden. Diese Erhöhung hat aber, wie in der Reichstagskommission von einem Regierungsvertreter ausdrücklich festgestellt wurde, nur auf jene Waisenrenten Anwendung, für die erst im Jahre 1916 eine Entscheidung ergangen ist. Zur Begründung wurde gesagt, daß durch eine allgemeine Neufestsetzung viel Verwaltungsaufwendungen nötig sind, die in keinem Verhältnis zu den etwa eintretenden Mehrleistungen stehen. Das ist sehr bezeichnend für die „Mehrlösungen“. Wird aber bei einer schon früher festgesetzten Waisenrente nach dem 1. Januar 1916 an aus irgend einem Grunde eine Neufestsetzung nötig, so muß der neue Bescheid auch die Renten nach den neuen Sätzen stipulieren.

Von der Erhöhung der Waisenrente wird auch die Höhe der Waisenaussteuer berührt. Diese wird gewährt, wenn ein rentenberechtigtes Kind das fünfzehnte Lebensjahr überschreitet. Sie stellt den achtfachen Monatsbetrag der zuletzt bezogenen Waisenrente dar. Nach der letzten Statistik betrug eine solche „Aussteuer“ im Durchschnitt M. 22,41. Es wird sich hier nur um eine Erhöhung von wenigen Mark handeln. Auch diese Neuerung hat nur Anwendung auf jene Waisenaussteuer, die erst im Jahre 1916 festgesetzt worden sind.

### Versammlungsanzeiger.

**Dienstag, den 8. August:**

**Langensalza:** Nach Feierabend im „Oberen Felsenkeller“.  
**Spremberg:** Bei Rohdes, Pfortensfr. 14.

**Mittwoch, den 9. August:**

**Schwerin:** Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Graf-Schad-Strasse.

**Freitag, den 11. August:**

**Cassel:** Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlstraße 17. — **Zena:** Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

**Sonntag, den 13. August:**

**Kulmbach:** Nachm. 2 Uhr bei Max Rupp in Mehldorf.  
**Landshut i. B.:** Im Gasthaus „Zum Rainer“, Altstadt.

### —\* Anzeigen. \*

#### Zahlstelle Cöln a. Rh.

Das Mitgliedsbuch Nr. 201 766, auf den Namen **Herm. Franz**, geb. 22. September 1869 zu **Eckersbach**, eingetreten am 20. August 1896, ist dem Obigen nebst andern Papieren aus der Baubude entwendet. Selbiger ersucht, ihm dasselbe — wo es sich zeigen sollte — an nachstehende Adresse gest. zu übermitteln. **Herm. Franz**, [M. 2,70] **Cöln a. Rh.**, Rotgerberbach 34, 3. St., bei Heinze.



## Es starben den Heldentod fürs Vaterland unsere Verbandskameraden aus folgenden Zahlstellen:

**N s b a c h:** **Matthias Vogel**, diente im 3. bayerischen Pionier-Bataillon, am 4. März 1915 gefallen; **Georg Vogel**, Unteroffizier im 13. bayerischen Infanterie-Regiment, Inhaber des Militärverdienstkreuzes mit Krone und Schwertern, am 27. Juni 1916 gefallen. — **U e:** **Crist Schlegel**, Infanterist, und **Hans Zeuner**, Gefreiter in einem Infanterie-Regiment, am 28. Mai 1916 gefallen. — **U r n s w a l d e:** **Emil Fuhrmann**, 25 Jahre alt, aktiver Pionier bei einer Minenwerferabteilung, gefallen am 11. Mai 1916. — **B e r l i n:** **Felix Buchmann**, 38 Jahre alt, verheiratet, Pionier im Pionier-Regiment Nr. 20, gefallen am 9. Juni 1916; **Hermann Schultrich**, 26 Jahre alt, ledig, Unteroffizier in der Minenwerfer-Kompagnie 217, Inhaber des Eisernen Kreuzes, gefallen am 9. Juni 1916; **Gustav Schönwald**, 32 Jahre alt, verheiratet, Pionier im Pionier-Regiment Nr. 36, gefallen am 29. April 1916; **Karl Pohl**, 19 Jahre alt, ledig, Pionier in der Minenwerfer-Kompagnie 8, gefallen am 27. Mai 1916. — **B l a n k e n b u r g a. S.:** **Otto Müller**, 24 Jahre alt, verheiratet, Infanterist, am 25. September 1915 gefallen. — **B r a u n s c h w e i g:** **August Böker**, Pionier, am 21. Mai 1916 gefallen. — **B r e m e n:** **Otto Schröder**, verheiratet, am 2. Juli 1916 im Lazarett in Bremen gestorben; **F. Gädje**, verheiratet, am 21. Juli 1916 gefallen; **Bezirk Begeck:** **A. Schloß**, verheiratet, am 3. März 1916 gefallen; **S. Uhrbrock**, verheiratet, am 4. Juni 1915 gefallen; **J. Vogt**, ledig, am 10. Juli 1915 gefallen. — **B r e s l a u:** **Robert Kirsch**, 38 Jahre alt, **Max Lehmann**, 31 Jahre alt, gefallen, **Otto Döring**, 26 Jahre alt, im Lazarett gestorben. — **C a s t r o p:** **Benedikt Bauer**, 26 Jahre alt, ledig, gefallen. — **C e l l e:** **Friedrich Ohmer**, 22 Jahre alt, Musikföhrer im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 231, am 10. Juni 1916 im Feldlazarett gestorben. — **C h e m n i z:** **Arno Buschmann**, ledig, gefallen. — **C o b l e n z:** **Joseph Frensch**, am 14. Juni 1916 gefallen. — **C ö t t h e n:** **Friedrich Schnuppe**, 30 Jahre alt, verheiratet, langjähriger Vorsitzender und Kassierer der Zahlstelle, Pionier, am 9. Juli 1916 gefallen. — **C r i m m i t s c h a u:** **Fritz Dehler**, 21 Jahre alt, Pionier, im Juni 1916 gefallen. — **D a h l e n:** **Bruno Ahmus**, 28 Jahre alt, am 5. Juni 1916 gefallen. — **D a n z i g:** **Karl Karisch**, bis zu seiner Einberufung Vorstandsmitglied der Zahlstelle, im Felde erkrankt, am 23. Mai im Lazarett in Graudenz gestorben; **John Hafemann**, **Johann Reiske** und **Gustav Schöneberg** gefallen. — **D o r t m u n d:** **Friedrich Bodrus**, 36 Jahre alt, verheiratet, langjähriger Kassierer, am 19. Juli 1916 gefallen. — **D r e s d e n:** **Willy Berger** aus Langburkersdorf, 21 Jahre alt, einer schweren Verwundung erlegen; **Richard Einhorn** aus Neugruna, 43 Jahre alt, am 13. Juni 1916 gestorben; **Otto Jahn** aus Stehlich, 40 Jahre alt, am 31. Mai 1916 gefallen; **Gustav Klossche** aus Radebeul, 39 Jahre alt, am 17. Juni 1916 gefallen; **Bruno Krause** aus Sebnitz, 20 Jahre alt, am 17. März 1916 gefallen; **Alfred Kungisch** aus Reichenberg, 21 Jahre alt, am 14. Mai 1916 gefallen; **Johann Liebich** aus Lockwitz, 26 Jahre alt, am 13. März 1916 gefallen; **Max Müller** aus Langburkersdorf, am 4. Oktober 1915 in französischer Gefangenschaft gestorben; **Oskar Sittmann** aus Reinersdorf, 21 Jahre alt, am 25. Juni 1916 gefallen; **Reinhold Strohbach** aus Postelwitz, 27 Jahre alt, am 25. Juni 1916 gefallen; **Bruno Thomas** aus Deuben, 38 Jahre alt, am 11. Mai 1916 in der Elbe ertrunken. — **D u i s b u r g:** **Hermann Wipper** aus Lübeck, 22 Jahre alt, aktiver Soldat, gefallen. — **D ü s s e l d o r f:** **Leo Schneider**, 26 Jahre alt, am 2. April 1916 gefallen; **Crist Weiskner**, 33 Jahre alt, Pionier, am 23. Mai 1916 schwer verwundet und am selben Tage gestorben. — **E i n b e d:** **A. Eggers**, am 20. Juni 1916 gefallen; **Wilhelm Haase**, im Mai 1916 gefallen. — **E i c h e r s h a u s e n:** **August Meher**, am 15. Juni gefallen. — **F ö r s t e:** **Karl Mackensen**, am 19. Mai 1916 gefallen. — **F r a n k e n b e r g i. S.:** **Bruno Friebe**, 26 Jahre alt, verheiratet, am 24. Juni 1916 gefallen. — **F r e i b e r g i. S.:** **Emil Strauß**, 35 Jahre alt, verheiratet, Landsturmmann im Inf.-Regt. Nr. 241, am 19. Juli gefallen. — **F r i e d r i c h s h a g e n:** **Eduard Werner**, 39 Jahre alt, diente im Inf.-Regt. Nr. 66, am 23. Mai 1916 gefallen. — **G l o g a u:** **Georg Kiebel**, diente aktiv im Inf.-Regt. Nr. 46, am 4. Juli 1916 gefallen. — **G o l d b e r g i. S c h l.:** **Hermann Hoffmann**, 26 Jahre alt, Infanterie-Regiment Nr. 19, **Paul Haase**, 29 Jahre alt, Pionier, **Wilhelm Friedrich**, 21 Jahre alt, sämtlich gefallen. — **G ö r l i c h:** **Fritz Sille**, am 8. Juli 1916 gefallen. — **G r i m m a:** **Max Hartmann**, gefallen. — **G r o s s r ö h r d o r f:** **Richard Schneider** aus Kleinbittmannsdorf, diente im Infanterie-Regiment Nr. 102, am 28. Dezember 1915 schwer verwundet, in französischer Gefangenschaft gestorben. — **H a l l e a. d. S.:** **Hermann Költzsch** aus Landsberg, verheiratet, gefallen. — **H a m b u r g:** **Artur Reucher**, 31 Jahre alt, verheiratet, am 29. Mai 1916 gefallen; **Hudolf Ahmussen**, 33 Jahre alt, verheiratet, am 19. Mai 1916 gefallen; **Heinrich Wöppelau**, 24 Jahre alt, ledig, im Mai 1916 gefallen; **Karl Eich**, 28 Jahre alt, am 2. Juni 1916 gefallen; **Otto Blaukenburg**, 29 Jahre alt, am 30. Juni 1916 gefallen; **Hans Schwardt**, 35 Jahre alt, im Juni 1916 gefallen; **Hermann Kiesow**, 24 Jahre alt, ledig, am 9. Juni 1916 gefallen; **Karl Semmelhack**, 25 Jahre alt, verheiratet, am 12. Juli 1916 gefallen. — **H a r s e f e l d:** **S. Brunen**, gefallen. — **H e l m b r e c h t s:** **Hans Bayreuther**, verheiratet, Pionier, am 8. Juni 1916 gefallen; **Johann Schatz**, 41 Jahre alt, Sanitätsunteroffizier, gefallen. — **H i l d e s h e i m:** **Anton Schulze**, Unteroffizier im Pionier-Bataillon

Nr. 10, Inhaber des eisernen Kreuzes erster und zweiter Klasse, am 28. Juni 1916 gefallen. — **H i r s c h b e r g a. d. S a a l e:** **Crist Fröhlig**, bis zur Einberufung Kassierer der Zahlstelle, gefallen. — **H i r s c h b e r g i. S c h l e s i e n:** **Heinrich Müller**, 36 Jahre alt, Pionier, am 5. Mai 1916 gefallen; **Willy Wende**, 21 Jahre alt, Pionier, am 2. Juni 1916 gefallen. — **J e v e r:** **Gottfried Ahls**, 29 Jahre alt, Armierungssoldat, im Felde erkrankt, in der Heimat gestorben. — **K a t t o w i c h:** **Josef Schrenberger**, 26 Jahre alt, ledig, gefallen am 30. August 1915; **Franz Käufig**, 23 Jahre alt, ledig, gefallen am 29. September 1915; **Jos. Kolbel**, 42 Jahre alt, verheiratet, gefallen; **Hudolf Polatzek**, 26 Jahre alt, verheiratet, gefallen am 20. März 1916; **Jos. Pollak**, 25 Jahre alt, ledig, gefallen am 2. April 1916; **Franz Stottko**, 25 Jahre alt, ledig, gefallen am 6. April 1916; **Josef Gaide**, 36 Jahre alt, verheiratet, gefallen am 2. Juni 1916. — **L a n d s b e r g a. d. W.:** **Crist Haase**, 20 Jahre alt, ledig, Grenadier-Regiment Nr. 12, am 1. Mai 1916 gefallen. — **L a n d s h u t:** **Josef Meßner**, 21 Jahre alt, Maschinengewehr-Abteilung des 2. bayerischen Infanterie-Regiments, am 8. Juni 1916 gefallen. — **L e h e - G e e t e m ü n d e:** **Karl Eilers**, 23 Jahre alt, gefallen; **Friedrich Arps**, am 16. Juli 1916 gefallen; **Dieterich Wolmalk**, am 20. Juli 1916 gefallen. — **L e i p z i g:** **Hermann Schulze** aus Hohenstein, im Lazarett gestorben; **Bruno Arnold**, tödlich verunglückt; **Karl Wach**, gefallen. — **L e i z n i g:** **Wilhelm Gash**, Reserve-Fußartillerie-Regiment Nr. 12, in Dresden gestorben; **Wilhelm Schurich** aus Lautendorf, Infanterie-Regiment Nr. 107, gefallen. — **L e h n i n:** **Paul Lips**, 20 Jahre alt, ledig, am 7. Mai gefallen. — **L i e g n i z:** **Paul Engel**, 29 Jahre alt, verheiratet, im November 1915 gefallen. — **L ö b a u:** **Martin Wünsche** aus Ottenhain, Reserveoffizier im Infanterie-Regiment Nr. 102, im September 1914 gefallen. — **L o i z:** **August Hubert**, 24 Jahre alt, ledig, am 23. April 1916 in russischer Gefangenschaft gestorben. — **L ü b e c k:** **Wilhelm Ehlers**, 22 Jahre alt, ledig, Pionier, am 7. Juni 1916 gefallen. — **L u c k e n w a l d e:** **Fritz Lehmann**, 21 Jahre alt, Infanterie-Regiment Nr. 20, am 1. Juli 1916 gefallen. — **L ü t j e n b u r g:** **Conrad Gries** aus Darry, Infanterie-Regiment Nr. 162, am 28. Mai 1916 gefallen. — **M a i n z:** **Philipp Wollstadt**, 24 Jahre alt, ledig, Pionier, am 28. Mai 1916 gefallen; **Otto Barchend** aus Obergrißen (Anhalt), Musikföhrer im Infanterie-Regiment Nr. 117, gefallen; **Josef Rechtert** aus Dettelbach (Bayern), Musikföhrer im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 202, am 28. Mai 1916 einer Verwundung erlegen. — **M a n n h e i m:** **Georg Hartung**, Wehrmann und Tambour im Res.-Infanterie-Regiment Nr. 40, am 19. März 1916 gefallen; **Jakob Wöschmann**, Wehrmann im Pionier-Bataillon Nr. 14, gefallen; **Franz Treisch**, Gefreiter im Pionier-Bataillon Nr. 14, am 23. Oktober 1914 gefallen. — **M e z:** **Crist Fahr**, 21 Jahre alt, Pionier im 2. Pionier-Bataillon Nr. 16, am 4. Juni 1916 gefallen. — **M ü h l h a u s e n i. T h ü r i n g e n:** **Otto Peterseim**, 31 Jahre alt, verheiratet, Gefreiter in einem Reserve-Pionier-Regiment, am 21. April 1916 gefallen. — **M ü r n b e r g:** **Paul Schmidt** aus Altdorf, gefallen. — **N e r l e b e r g:** **Alwin Gerloff**, 28 Jahre alt, verheiratet, diente im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 12, gefallen am 21. Oktober 1914; **Heinrich Voigt**, 30 Jahre alt, verheiratet, diente im Pionier-Bataillon Nr. 3, gefallen am 24. Oktober 1914. — **P l a u e n i. B.:** **Arno Heinig**, 26 Jahre alt, am 21. Februar 1916 gefallen; **Paul Heinig**, 21 Jahre alt, gefallen; **Arno Reil** aus Jöbes, 21 Jahre alt, gefallen. — **P o t s d a m:** **Karl Myroph**, verheiratet, Pionier in der 56. Reserve-Pionier-Kompagnie, am 18. Juni 1916 im Kriegslazarett gestorben. — **R e h a u:** **Georg Raitzel**, 31 Jahre alt, verheiratet, diente im bayerischen Infanterie-Regiment Nr. 20, am 22. Dezember 1915 gefallen. — **R e i c h e n b a c h i. B.:** **Max Walter Jungl**, 33 Jahre alt, Gefreiter der Landwehr, am 1. Oktober 1915 gefallen; **Paul Arno Franke**, 20 Jahre alt, Garde-Pionier, am 16. Juni 1916 gefallen. — **R i e s a:** **Paul Weichert** aus Reppen, 31 Jahre alt, verheiratet, Pionier-Bataillon Nr. 22, im Kriegslazarett einer schweren Verwundung erlegen. — **R o s l a u a. d. E l b e:** **Paul Dornburg**, 24 Jahre alt, ledig, diente im Infanterie-Regiment Nr. 21, am 26. April im Lazarett infolge Verwundung gestorben. — **S c h e u d i t z:** **Artur Mörsche**, diente in einem Infanterie-Regiment, am 1. Juni 1916 gefallen. — **S c h w a n:** **Friedrich Vogt**, Ersatz-Reservist im Pionier-Bataillon Nr. 9, am 28. Juni 1916 gefallen. — **S o n n e b e r g i. T h.:** **Verthold Raß**, 19 Jahre alt, am 25. Juni 1916 schwer verwundet, tags darauf gestorben. — **S t r e h l a:** **Reinhold Jahn**, Sanitätsföhrer, am 1. Juni 1916 gefallen. — **S t u t t g a r t:** **Georg Friedrich Brunner**, 28 Jahre alt, **Leo Groß**, 38 Jahre alt, **Immanuel Kaufmann**, 28 Jahre alt, **Karl Werner**, 28 Jahre alt, sämtlich gefallen. — **U e t e r i e n:** **Friedrich Blump**, 23 Jahre alt, Infanterist, Inhaber des Eisernen Kreuzes, gefallen. — **W a l d h e i m i. S.:** **Guth**, Unteroffizier, Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Friedrich-August-Medaille, gefallen. — **W e i l h e i m:** **Josef Bindl**, 27 Jahre alt, ledig, diente im bayerischen Infanterie-Regiment Nr. 15, am 25. Mai 1916 gefallen. — **W i l h e l m s h a v e n:** **Hermann Wiemers**, 22 Jahre alt, Musikföhrer, **Karl Wilbern**, 27 Jahre alt, Musikföhrer, **Wolf Hartmann**, 20 Jahre alt, Kriegsfreiwilliger, sämtlich gefallen. — **W ü r z b u r g:** **Martin Göbet**, Unteroffizier der Landwehr im bayerischen Infanterie-Regiment Nr. 24, am 7. Juni 1916 gefallen. — **Z i t t a u:** **Emil Cöcher** aus Radgendorf, 31 Jahre alt, am 4. Juli 1916 gefallen.

Chre ihrem Andenken!